

Rolf Eilers

Die Ökumene muss weiter gehen

Plädoyer für eine ökumenische Agenda 2017

Die Reaktion der Teilnehmer des 2. Ökumenischen Kirchentages in München auf diese Festwoche war eine doppelte: Freude über den guten Verlauf, über das frohe, ungezwungene Miteinander der Christen, die ökumenische Gemeinsamkeit in den vielen Gottesdiensten und besonders über die in Zusammenarbeit mit der orthodoxen Kirche veranstaltete Agape-Feier, das gemeinsame Brotbrechen. Aber auch Frust über den Stillstand in der ökumenischen Bewegung, besonders aber darüber, dass auch beim angedachten 3. Ökumenischen Kirchentag im Jahre 2017 aus Anlass der 500jährigen Wiederkehr der Reformation –sofern er denn überhaupt stattfinden wird - mit einer Zustimmung der katholischen Kirche zu einem gemeinsamen Abendmahl nicht gerechnet werden kann. „In München war keine Aufbruchsstimmung spürbar“, so das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in seinem Nachrichtenblatt „Salzkörner“ (5. November 2010). Und wenn Kardinal Meisner vor einiger Zeit verkündete, es gäbe nur noch wenige Gemeinsamkeiten mit der evangelischen Kirche, so steht eine solche Äußerung im vollen Gegensatz zu dem Motto des Kirchentages „Damit Ihr Hoffnung habt.“ Resignation ist da schon eine verständliche Reaktion.

Aber es könnte sein, dass man 2017 auf größere Erfolge verweisen kann, wenn man die Ökumene nicht vorrangig als eine Suche nach einer Annäherung bzw. Übereinstimmung theologischer Sätze sieht, sondern als eine Überwindung der Entfremdung von zwei sozialen Gruppen, also als einen gesellschaftlichen Prozess. Unter diesem Aspekt bildet Zusammenarbeit und Zusammenwachsen in der Lebenswelt den Kern der ökumenischen Entwicklung. Und ein solches Zusammenwachsen, das durch gezielte Maßnahmen unterstützt wird, kann dann auch zu Veränderungen in der Mentalität der Christen führen und diese dann Bischöfe und Kurie letztlich veranlassen, neue theologische Aussagen über die Einheit der Kirchen zu finden. Heute noch geltende Aussagen zur Ökumene könnten an Bedeutung verlieren in einer Ökumene, die sich als „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ versteht.

Dass eine solche Herangehensweise an diese Frage nicht illusorisch ist, mag ein Blick auf die Entwicklung der ökumenischen Einstellung in den beiden Konfessionen im 20. Jahrhundert deutlich machen. An der Stadt, in der ich in den dreißiger, vierziger Jahren aufgewachsen bin, möchte ich konkret deutlich machen, dass wir im letzten Jahrhundert einen wichtigen

Schritt auf die Ökumene hin gemacht haben, der vielleicht nicht allen bewusst ist: wir befinden uns schon längst – soziologisch und historisch gesehen – auf einem ökumenischen Weg.

Ökumene im 20. Jahrhundert

Duderstadt ist eine kleine Stadt im Eichsfeld; von ihren in meiner Jugend ca. 7000 Einwohnern waren etwa 2/3 katholisch, ein Drittel evangelisch. Außer den evangelischen Bürgern gab es noch einige jüdische Familien in der Stadt. Dort war die Welt in konfessioneller Hinsicht klar geordnet: wir hatten in unserer Stadt eine katholische Cyriakus-Kirche am östlichen Ende der langen Marktstraße, die evangelische Servatius-Kirche begrenzte die Marktstraße nach Westen. Wir hatten einen Propst mit fünf Kaplänen, einen evangelischen Pastor mit einem Hilfsgeistlichen. Wir hatten zwei katholische Volksschulen, eine für Jungen, eine für Mädchen, sowie eine gemischte Volksschule für evangelische und nichtkatholische Kinder. Nur der Friedhof war nicht konfessionell aufgeteilt. Aber dafür ein Großteil der Geschäfte: man machte seine Einkäufe beim katholischen oder evangelischen Kaufmann, auch Bäcker und Schlachter wurden nach konfessionellen Präferenzen ausgesucht. Und bis 1933 hatten die Katholiken auch noch ihre eigene Partei, das Zentrum. Die Trennung der Konfessionen prägte auch den gesellschaftlichen Bereich: ich weiß nicht, was damals schlimmer war, eine Mischehe oder ein uneheliches Kind. Und ich kann mich nicht erinnern, dass meine Eltern irgendeinen gesellschaftlichen Kontakt zu den evangelischen Kollegen an dem Gymnasium hatten, an dem mein Vater arbeitete. Wenn wir Kinder zum Spielen mitbrachten, fragten unsere Eltern nach der Konfession der Kinder: katholisch war gut, mit evangelischen Kindern spielten wir nicht. Ich denke, so ähnlich sah es in vielen anderen Städten auch aus.

Wir hatten in der Stadt also so etwas, was man heute eine Parallelgesellschaft nennen würde. Auch damals gab es in der Bevölkerung eine Minderheit, die sich an die Regeln der Mehrheitsgesellschaft auf vielen Gebieten nicht hielt. Diese Minderheitsgruppe hatte eine eigene Organisation, eben die evangelische Kirche. Die Grenzen wurden von beiden Gruppen so weit wie möglich eingehalten. Gegenseitige Vorurteile prägten den Blick auf die anderen und erschwerten das Zusammenleben in der Stadt.

Zur Förderung der „Wiedervereinigung im Glauben“ gab es in der katholischen Kirche im Januar eines jeden Jahres eine eigene Gebetswoche. Deren Zielvorstellung war klar: Die Reformation muss rückgängig gemacht werden, die Protestanten müssen in die Gemeinschaft der wahren Kirche zurückkehren. Ökumene war daher „Rückkehr-Ökumene“. Es gab meines Wissens eine kleine Gruppe von Katholiken, die auch mit Schriften und Vorträgen für eine so verstandene

Einheit der Kirche warb. Aber die Mehrheit stand dieser Frage mehr oder weniger gleichgültig gegenüber und versprach sich auch wenig von dieser speziellen Gebetswoche. Über eine Strategie der Katholiken, wie man zu dieser Einheit kommen könnte, wurde kaum nachgedacht; sie war aber auch nicht notwendig, weil die Initiative ja von den Protestanten ausgehen musste. Man war der Überzeugung, Gott wolle die Einheit der Christen, und dann werde sie irgendwann auch wohl kommen. Ich glaube, das war die Grundeinstellung vieler Katholiken in der Vorkriegszeit zur Ökumene.

Ein erster Anstoß zur Überwindung der gesellschaftlichen Teilung in der Stadt kam von der Politik, und zwar in doppelter Hinsicht. Die Idee von der Volksgemeinschaft im Dritten Reich relativierte schon die Frage der konfessionellen Zugehörigkeit. Dann traten etliche Parteimitglieder aus den Kirchen aus und versprachen sich davon auch soziale Vorteile. Die kirchenfeindlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten, die beide Konfessionen betrafen, brachten Katholiken und Protestanten einander näher. Betonte Kircheng Zugehörigkeit gewann in diesem politischen Umfeld zunehmend Bekenntnischarakter – und zwar im katholischen als auch im evangelischen Bereich. Die Belastungen im Zweiten Weltkrieg machten deutlicher als vieles andere, dass die Menschen aus beiden Konfessionen aufeinander angewiesen waren. Es entstand so etwas wie eine kirchliche Gastfreundschaft, vor allem in den zerbombten Städten, wo Kirchen gemeinsam genutzt wurden. Eine erste Konsequenz dieses neuen Miteinanders nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Gründung der CDU. Die Katholiken verzichteten auf die Wiederbegründung des Zentrums als der Vertreterin ihrer speziellen politischen und konfessionellen Interessen. Diese Neugründung in der deutschen Parteienwelt geschah aus der Überzeugung heraus, dass die Christen besser gemeinsam einen Beitrag zum Aufbau des neuen Staates leisten könnten als wenn sie sich in unterschiedlichen Parteien organisierten. In dieser neuen Partei standen sich zwar die beiden Konfessionen anfangs etwas abwartend gegenüber. Die Katholiken fürchteten, dass die evangelischen Liberalen die Oberhand bekommen würden, die evangelischen Parteimitglieder glaubten ihre Interessen durch die Gründung eines eigenen Evangelischen Arbeitskreises in der Union sichern zu können.

Nach und nach wurden in den folgenden Jahrzehnten noch bestehende konfessionelle Barrieren in der Gesellschaft abgebaut. Bei diesem Prozess ist die Wirkung der Vertreibung der Ostdeutschen nicht zu unterschätzen. Sie wurden ja nicht nach konfessionellen Gesichtspunkten auf die deutschen Länder verteilt, es entstanden so neue konfessionelle Mischgebiete. Auch dadurch entwickelte sich vielfach konfessionelle Gastfreundschaft. Christen öffneten ihre Gotteshäuser der anderen

Konfession zur Feier des Gottesdienstes. Mischehen wurden häufiger geschlossen. In vielen Orten begann der gemeinsame Schulbesuch in Gemeinschaftsschulen. Konfessionell ausgerichtete Volksschulen wurden in fast allen Bundesländern nach und nach aufgehoben.

Und in diesen Jahrzehnten entwickelte sich auch eine stärkere Differenzierung der Gläubigen: um einen Kern aktiver Christen in beiden Konfessionen gliederten sich in quasi konzentrischen Kreisen Menschen mit unterschiedlicher Bindungsbereitschaft zu ihren Kirchen bis hin zu denen, die nur noch bei Hochfesten eine Kirche aufsuchten oder bei den Festen der Lebenswende eine kirchliche Feier wollten. Und viele kamen gar nicht mehr – eine Entwicklung, die in den Großstädten schon im ausgehenden Kaiserreich und in der Weimarer Republik begonnen hatte. Dieses absinkende religiöse Engagement wurde in den katholischen und evangelischen Gemeinden an dem kontinuierlichen Rückgang der Zahl der sonntäglichen Gottesdienstbesucher deutlich. Allerdings zahlten die Gläubigen ohne Unterschied der inneren Bindung auch weiter klaglos ihre Kirchensteuer und blieben formell Kirchenmitglieder. Und 1990 strömten durch die Wiedervereinigung eine große Zahl, ja ganze Regionen von Nichtgläubigen in die Bundesrepublik.

Ein Blick auf diesen gesellschaftlichen Wandel im 20. Jahrhundert zeigt, dass durch diese sozio-politischen Entwicklungen die Konfessionszugehörigkeit ihre milieubestimmende, ihre Gesellschaftsgruppen trennende Funktion in unserer Gesellschaft weitgehend verloren hat. An den Ergebnissen der Sinus- Studie kann man diesen Wandel deutlich ablesen. (Religiöse und kirchliche Orientierungen in den Sinus-Milieus 2005)

- Die Konfessionszugehörigkeit ist – von kirchlichen Einrichtungen abgesehen- in der Berufswelt kaum noch von Bedeutung, z.B. für die Besetzung einer Stelle.
- Die politische Zusammenarbeit zwischen den Parteimitgliedern der beiden Konfessionen in der CDU und CSU verläuft weitgehend reibungslos. Gelegentliche Auseinandersetzungen um den konfessionellen Proporz sind eher personalen Diskrepanzen als grundsätzlichen Richtungskämpfen geschuldet.
- Die Kirchen verhandeln auf gleicher Augenhöhe über ihre Angelegenheiten im praktisch- politischen Geschäft.
- Freundschaften, Partnerschaften und Ehen verbinden immer zahlreicher die Konfessionen.
- In dem Maße, in denen gemeinsames Handeln den Diskurs bestimmt, treten die Lehrunterschiede in den Hintergrund. Sie

wirken zunehmend als formelhafte Debattenbeiträge von theologischen Fachleuten, die halt ihre eigenen Probleme kultivieren.

- Damit sind auch die Barrieren für Christen, den Gottesdienst der anderen Konfession zu besuchen, deutlich niedriger geworden. In meiner Jugend galt der Besuch eines evangelischen Gotteshauses noch als schwere Sünde. Ich habe die evangelische Kirche in Duderstadt erst mit 17 Jahren zum ersten Mal betreten. Christen beider Konfessionen nehmen heute an Eucharistie wie am Abendmahl teil - mit steigender Tendenz.

Das hat zur Folge, dass, wie die Bamberger Theologin Johanna Rahner bemerkt, in der jüngeren Generation das Konfessionsbewusstsein und die Vorstellung von der Notwendigkeit einer Überwindung der Glaubensspaltung zunehmend verloren gegangen ist: „Ökumene als spezielles Anliegen scheint sich zu einem Generationenthema der heute über 50-Jährigen zu entwickeln. In unseren Gemeinden ist in den letzten beiden Jahrzehnten eine Generation herangewachsen, die die Errungenschaften in Sachen Ökumene nicht mehr als etwas Besonderes erlebt. Ökumenische Aktivitäten und offenes ökumenisches Miteinander sind für sie schon zur Normalität geworden. Neben einer zunehmend verblassenden eigenen konfessionellen Identität fehlen der jüngeren Generation für ein selbständiges und eigen motiviertes ökumenisches Interesse sowohl die eigenen Themen wie auch die persönliche Betroffenheit.“ (Rahner, Johanna: Erfahrungen vor Ort, Herder Korrespondenz cf. Anm. 2 , S.56)

Zusammen wachsen, was zusammengehört

Dieser Einstellungswandel, die nachlassende Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit, haben zunehmend den Boden bereitet für das gegenseitige Verständnis der beiden Konfessionen, sie hat auch die Bereitschaft zu einer bewussten Zusammenarbeit wachsen lassen. Christen wurden sich allgemein stärker ihres konstitutiven Auftrags bewusst: „Ut unum sint“. Und es ist spätestens seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil für die Katholiken keine Frage mehr, dass die Ökumene eine zentrale Frage christlichen Lebens ist. Alle Konfessionen haben beim 1. Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin die „Charta Oecumenica“ unterschrieben, in der die Konfessionen sich verpflichten, aufeinander zuzugehen und gemeinsam auf allen kirchlichen Ebenen zusammen zu arbeiten. Christliche Kirchen haben in Lima „die Landschaft der Differenzen und Konvergenzen so geklärt, dass die Konfessionen besser miteinander umgehen können.“(Häring, Hermann: Freiheit im Hause des Herrn, Gütersloh 2011, S. 161) Christen feiern ihren Gottesdienst nach der Lima- Liturgie. Die Bemühungen um theologische

Gemeinsamkeit etwa in der Vereinbarung über die Rechtfertigungslehre, das Sozialwort der Kirchen und die Ökumenischen Kirchentage sind Stationen des Weges auf eine theologische Einheit der Kirchen hin.

Dieser ungesteuerte Wandel der Einstellungen der Gläubigen wird nur zögernd begleitet von den Kirchenführungen. Er könnte wesentlich gefördert werden, wenn von ihr Ziele und Leitideen erarbeitet würden. Zwar hat dieses „Aufeinander Zugehen“ der Christen in den vergangenen Jahrzehnten die frühere Zielvorstellung einer „Rückkehr- Ökumene“ obsolet werden lassen. In der Kurie mag es noch den einen oder anderen Verfechter dieser Idee geben. Aber es ist schon sehr unwahrscheinlich, dass Benedikt XVI. bei seinem Deutschlandbesuch 2011 sich zum Sprecher dieser Gruppe machen wird. Und dieser Wandel hat sicher zu einer Verbesserung des Klimas zwischen den beiden Konfessionen beigetragen.

Sucht man aber im theologischen Diskurs heute nach einer Zielsetzung für den ökumenischen Prozess, so findet man häufig die Formulierung, Ökumene sei als eine „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“ zu verstehen. Aber in welchen Fragen man zu einem Kompromiss bereit ist, welche Lehrsätze man für unverzichtbar hält, unter welchen Bedingungen sie sich wirklich eine Einigung mit den anderen Kirchen vorstellen können, das bleibt offen. Und gerade in dieser Frage handeln alle Kirchenführungen mit viel taktischer Vorsicht. Es ist heute eher so, dass jede Kirche versucht, ihre eigene Einheitsvorstellung auf das Ziel der Ökumene zu übertragen und das dann als „ökumenisch“ zu bezeichnen, sagt der neue Präsident des vatikanischen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Koch. (Kirche in Heft 9/10) Das heißt: „Aus protestantischer Sicht ist es für die Einheit der Kirche ausreichend, wenn Übereinstimmung in der Verkündigung des Evangeliums besteht und die Sakramente gemäß der Hl. Schrift gespendet werden. Orthodoxe stimmen diesen beiden Kriterien zu, betrachten jedoch zusätzlich das kirchliche Amt, insbesondere das Bischofsamt als ein unverzichtbares Merkmal der Kirche. Die Katholiken unterscheidet dabei von den Orthodoxen, dass sie dem Bischof von Rom eine besondere Rolle als „Hirte der universalen Kirche“ zuschreiben (Öldemann, Johann-Adam Möhler Institut in „Salzkörner“ Nachrichtenblatt des ZdK vom 5.11.2010). Was sind aber für Papst und die Bischöfe unserer Kirche die unverzichtbaren Kriterien für eine ökumenische Kirche?

Diese Frage ließ seinerzeit auch Kardinal Ratzinger offen: „Die Einheit der Kirche bedeutet, dass wir eine Kirche sind und trotzdem Kirchen bleiben in ihren verschiedenen konfessionellen Identitäten, aber ohne dass man sich gegenseitig Sachen vorhält und sie als mit dem Glauben nicht vereinbar erklärt.“ (Zitiert aus einem Interview von Kardinal Koch in der Neuen Zürcher Zeitung vom 17.7.2010). Der Münchener Dogmatiker Peter

Neuner unterstreicht diese mehrpolige Vorstellung einer Einheit der Kirche: „Die Vielfalt der Konfessionen wird in den Veröffentlichungen zur Ökumene nicht nur als Übel, sondern auch als Reichtum gesehen, der nicht einer Einheitlichkeit oder gar einer zentralistischen Kirchenregierung geopfert werden darf.“ (Peter Neuner, Vom Professor zum Papst, Herder Korrespondenz, cf. Anm. 2, S. 7). So scheint die Formel, die Willi Brandt für den deutschen Wiedervereinigungsprozess geprägt hat, dass nämlich zusammenwachsen muss, was zusammengehört, den ökumenischen Prozess am ehesten widerzuspiegeln.

Blickt man auf die Zukunft des ökumenischen Prozesses, so wird man drei Entwicklungsstränge im Auge behalten müssen. Einmal spricht alles dafür, dass der Anteil der Bevölkerung in unserer säkularen Gesellschaft, für den Fragen einer Zusammenarbeit der beiden Kirchen überhaupt keine Rolle spielen, zunehmen wird. Darauf weisen die weiterhin hohen Austrittszahlen in der Bundesrepublik hin. Die Ergebnisse der Sinus-Studie legen eine solche Erwartung nahe.

In den nächsten Jahren werden – und das ist der zweite Entwicklungsstrang – die katholischen und evangelischen Gemeinden intensiver zusammenarbeiten und mehr und mehr zusammenwachsen. Dabei darf man sich dieses Zusammenwachsen nicht nur als einen autonomen sozialen Prozess vorstellen, sondern als eine Entwicklung, die man fördern und unterstützen kann. Aber auch als einen Prozess, der weitergehen wird. Weitergehen wird hier in einem doppelten Sinn verstanden: einmal dahingehend, dass die bisherigen religiösen Bemühungen und der gesellschaftliche Wandel zu einer Einheit hin sich weiter fortsetzen werden, aber neuerdings auch dahingehend, dass die ökumenische Zusammenarbeit stärker andere Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens einbeziehen sollte.

In welche Richtung solche Überlegungen gehen können, sei an einigen Beispielen dargelegt. Entscheidend ist bei all diesen Überlegungen, dass es nicht um Verwaltungsakte geht, um organisatorische Entscheidungen, sondern um das Einbeziehen der Erfahrungen der Christen in der Ökumene, um ein allmähliches Zusammenwachsen der Lebenswelt der Gläubigen.

- Gemeinsame Gottesdienste: Es gibt sie natürlich all überall in den Gemeinden unseres Landes: die ökumenischen Gottesdienste aus besonderen Anlässen, aufgrund gegenseitiger Einladung. Darüber hinaus geht das Angebot von evangelischen Gemeinden an katholische Gemeinden, in denen aufgrund des Priestermangels keine Sonntagsmesse mehr gefeiert werden kann. Hier bietet sich ein gemeinsamer Gottesdienst geradezu an. Es ist denkbar, dass sich katholische und evangelische Kirchen vor Ort über ein

gemeinsames Gottesdienstangebot verständigen, insbesondere dann, wenn der Mangel an Geistlichen auch die evangelische Kirche erreicht hat. Noch einmal Kardinal Koch: "Man kann zudem in der Verwaltung des kirchlichen Lebens einander aushelfen, wenn die eine Kirche in Schwierigkeiten ist. Es ist die Grundregel der Ökumene, dass man sich freut, wenn es den anderen gut geht, und mitleidet, wenn es den andern schlecht geht." (Neue Zürcher Zeitung, 17.7.2010)

- Gemeinsame Taufgottesdienste: Die Taufe ist das konfessionsübergreifende Ursakrament der Kirche. Diesem Grundverständnis trägt auch die Magdeburger Taufklärung der Konfessionen von 2007 Rechnung. Einige evangelische und katholische Gemeinden feiern bereits gemeinsam die Taufe ihrer Kinder, Taufpaten kommen aus beiden Konfessionen. Die Bedeutung der Taufe für die Weiterentwicklung der Ökumene hebt Zulehner, der österreichische Pastoraltheologe, hervor: „Also Bischöfe, müssen wir wirklich den Weg gehen, dass man zuerst die Einheit hat und dann Eucharistie feiert? Oder könnte man nicht sagen, wir haben aufgrund der Taufe so viel Einheit, dass wir ganz leicht das Risiko hinnehmen können, dass wir in der Eucharistiefrage oder in der Amtsfrage einige Verschiedenheiten haben. ... Gut, wir sind zwar noch in allen Fragen nicht eins, aber wir feiern jetzt das Herrenmahl, weil wir es radikal ernst nehmen, dass Jesus der Herr, dem man auch die Taufe verdankt, alle einlädt, die den Namen Christi tragen – zu diesem einem Mahl. Und wenn er uns einlädt, dann können wir nicht aufgrund dogmatischer und sonstiger Hindernisse gleichsam den Ruf Christi an seine Gläubigen verhindern.“ (Imprimatur 4/2010 S. 184).
- Gemeinsame Kirchennutzung: Viele Kirchen müssen in Zukunft aufgegeben werden, sie werden verkauft oder einer anderen Nutzung zugeführt, wenn die Zahl der Gläubigen weiter zurückgeht. Ist es eine falsche Idee, wenn katholische und evangelische Gemeinden gemeinsam überlegen, ob eine Kirche für die Bedürfnisse ausreichend ist, ob also in einer schönen Kirche katholischer und evangelischer Gottesdienst gefeiert wird? Kann man nicht gemeinsam überlegen, welchem Zweck man die nicht mehr gebrauchten Kirchen zuführt? Können Kirchen nicht zu Begräbnisstätten für beide Konfessionen umgebaut werden? Ein katholischer Pfarrer berichtete vor kurzem auf einer Tagung, dass in seinem Seelsorgbezirk von vier katholischen Kirchen zwei abgerissen seien. Es hätte für den Ortsteil aber auch die eine große evangelische Kirche ausgereicht.

- Religionsunterricht: In Baden-Württemberg wird ein Versuch mit ökumenischem Religionsunterricht unter Aufsicht der zuständigen Diözesen und Landeskirchen durchgeführt. So könnte allgemein ein ökumenischer Religionsunterricht von morgen aussehen:
„Evangelische und katholische sowie am christlichen Glauben interessierte Schüler sind zusammen mit ihrem mal evangelischen mal katholischen Religionslehrer auf dem Weg zu entdecken, was „Glauben“ heute heißen und welche Gestalt dieser Glaube im Leben als evangelischer Christ oder katholische Christin gewinnen könnte.
„ (Christ in der Gegenwart 38/2010)
- Gemeinsame Einrichtungen: Es gibt angesichts der zurückgehenden Zahlen der aktiven Gläubigen in beiden Kirchen Schwierigkeiten, ehrenamtliche Mitglieder für Chöre, für die Jugendarbeit und für Pfarrbibliotheken zu finden. Müssen diese eigentlich konfessionell ausgerichtet sein? An Kindergärten und Kitas richtet sich die gleiche Frage. Hier bietet sich eine Zusammenarbeit der beiden Konfessionen oft zwingend an.
- Medien: Dass auch der „Rheinische Merkur“ nur noch als Beilage zur „Zeit“ erscheint, ebenso wie das evangelische Magazin „Chrismon“ bei der FAZ, ist sicher ein Schritt in die falsche Richtung. Es gibt auch zwei kirchliche Presseagenturen, auch hier könnte man an eine Zusammenlegung denken.

Ökumene muss weiter gehen - es gibt keine Alternative

Die politisch-soziale Konstellation in der Bundesrepublik macht eine enge Zusammenarbeit dringend erforderlich – das ist ein dritter Aspekt der Ökumene in der Zukunft. Der frühere Hamburger Theologe Otto Hermann Pesch hat diese vor kurzem so beschrieben: „Es steht den Kirchen nicht frei, ob sie aufeinander zugehen oder es bei dem Status quo belassen wollen. Wenn nicht Einsicht ein neues ökumenisches Bewusstsein schafft, dann wird es der Druck einer wachsenden kirchenskeptischen, ja gelegentlich schon wieder kulturkämpferischen Gesellschaft tun, bei der der zukünftige Status der Konfessionskirchen nur ein Status quo minus sein kann, den dann auch das günstigste Staatskirchenrecht nicht mehr verhindert.“ (Pesch, Otto Hermann: Positive Zwischenbilanz, cf. Anm. 2, S. 2) Und ich füge hinzu: es besteht dann die Gefahr, dass die Verantwortung der Kirchen für ihre Aufgaben in der Welt nicht mehr wahrgenommen werden kann, weil die Kirchen zu sehr mit ihrem eigenen Status beschäftigt sind.

Pesch weist auf Fakten hin: etwa 40% unserer Bevölkerung gehören heute nicht der katholischen bzw. evangelischen Kirche an, jede Konfession für sich ist also mit ihren je 30% in einer Minderheitsposition. Und man darf

nicht übersehen, dass diese jeweils 30% in der Bevölkerung eben nicht nur aus aktiven Mitgliedern bestehen. Die neuesten Zahlen in der katholischen Kirche in Deutschland deuten darauf hin, dass in den großen, noch immer wachsenden Seelsorgverbänden in den Großstädten der sonntägliche Kirchenbesuch auf etwa 6% der Gemeindemitglieder zurückgegangen ist. Und man darf nicht übersehen, dass die Kirchen pro Jahr um 250 000 Mitglieder verlieren, seit der Wiedervereinigung haben mehr als sechs Millionen Christen ihre Kirchen verlassen.

Braucht es aber nicht in einer Gesellschaft, die sich religiös immer weiter differenziert (muslimische Glaubensgemeinschaften, neue religiöse Gruppen und Bewegungen) und auch weiter säkularisiert, ein gemeinsames Einstehen und Handeln der Christen auf all den Feldern, in denen ihre Werte und Grundüberzeugungen angefragt sind? Wir ringen in unserer Gesellschaft um die Frage, wie wir mit der Präimplantationsdiagnostik umgehen. Es wird in den nächsten Jahren eine politisch-gesellschaftliche Diskussion um die aktive Sterbehilfe geben. Konkrete Fragen der sozialen Gerechtigkeit stehen immer wieder auf der politischen Tagesordnung. Wäre es angesichts des weltanschaulichen Pluralismus in der Bundesrepublik nicht dringend notwendig, diese Probleme in den Kirchen gemeinsam zu bedenken und die Mitglieder in eine solche Auseinandersetzung einzubeziehen? Der Sekretär der französischen Bischofskonferenz hat vor einigen Jahren die Situation in seinem Land so beschrieben, sie könnten aus Personalmangel die Kirche " nur auf Sichtweite steuern". Eine solche Situation sollte man durch gemeinsame ökumenische Arbeit auf allen Ebenen zu vermeiden suchen.

Beide Kirchen haben aber auch wichtige Interessen, die nicht unbestritten sind. Der SPD- Bundestagsabgeordnete Schneider hat vor kurzem in der FAZ aufgezählt, wo für ihn und seine politischen Freunde Veränderungsbedarf in den Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat besteht. Sein Artikel zeichnet das Bedingungsfeld, in dem die Kirchen künftig arbeiten werden. Seine Vorschläge laufen darauf hinaus, den Kirchen ihre Sonderstellung zu nehmen, nicht zuletzt wegen des Verhaltens der katholischen Kirchenführung in den Missbrauchsfällen. Er fragt, ob die Kirchen weiterhin den Status einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts behalten sollen. Sein Vorschlag: Wegfall des Zwangseinzugs der Kirchensteuer durch staatliche Behörden würde beide Kirchen in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten bringen. Er fragt auch: Soll der Staat weiterhin Dotationen an die Kirchen zahlen, die Kosten für die Ausbildung der Theologen an den Fakultäten der staatlichen Universitäten tragen, den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach weiterführen? Muss der Staat nicht auch in den kirchlichen Einrichtungen die Zulassung von Gewerkschaften durchsetzen?

Angesichts dieser Programmatik müssten in beiden Kirchen die Glocken klingeln. Wenn die beiden Kirchen allein um ihre berechtigten Interessen in dem politischen Umfeld kämpfen würden, hätten sie wohl schlechte Karten. Es bieten sich also gemeinsame Überlegungen an, wie man auf eine solche Entwicklung reagieren soll. Sicher haben wir die bei der Bundesregierung und den Landesregierungen akkreditierten Beauftragten der katholischen und evangelischen Kirche und die Verbindungsbüros. Aber die Zusammenarbeit in den Sachfragen ist immer wieder von den persönlichen Beziehungen der Repräsentanten abhängig. Eine erfolgreiche Arbeit dieser Beauftragten, der Parteien und Abgeordneten, die sich für die gemeinsamen Interessen der Kirchen einsetzen, ist umso leichter, wenn die Kirchen gemeinsam in ihren Institutionen für ihre Anliegen werben, christliche Abgeordnete unterstützen und versuchen, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluss zu nehmen.

Eine Entscheidung, politisch, gesellschaftlich und kirchlich auf ein Zusammenwachsen der Konfessionen hinzuwirken, stellt eine große Herausforderung für alle Christen dar. Es ist ja nicht damit getan, Erklärungen über die Vorteile der Ökumene zu veröffentlichen. Wir dürfen es auch nicht bei dem guten Willen der Christen belassen, an ihrem Ort ökumenische Kontakte zu pflegen. Wir wissen, dass viele konkrete Vorschläge zu einer weiteren institutionellen Zusammenarbeit, für eine Zusammenlegung von Parallelorganisationen Arbeitsplätze betreffen. Solche Veränderungen betreffen auch Machtfragen. Daher brauchen wir, um diesen Prozess zu beschleunigen, eine zwischen den Konfessionen abgesprochene Strategie, Absprachen, wie eine engere Zusammenarbeit der Konfessionen auf möglichst vielen Gebieten umzusetzen ist – wir brauchen eine ökumenische Agenda 2017.

Einige der vorgetragene Gedanken finden sich in dem „Plädoyer für eine lebensnahe Ökumene“ wieder, das das ZdK auf seiner Frühjahrsvollversammlung verabschiedet hat. Dort heißt es u. a. :“Mit Sorge könne man beobachten, dass viele Menschen nicht länger bereit seien, auf die Umsetzung theologischer Fortschritte zu warten. Eine Ökumene der Zukunft müsse sich stärker auf die Sorgen und Probleme der Menschen einlassen. So fordert das ZdK konkrete Lösungen für den gemeinsamen Kommunionempfang für konfessionsverbindende Ehepaare, die gegenseitige Anerkennung des Patenamtes bei Taufe und Firmung, ein Predigergastrecht, verstärkte Zusammenarbeit in der Diakonie und verstärktes Engagement für gemeinsame Gebete und Gottesdienstformen. Der Pfingstmontag soll als Tag der Einheit der Kirche begangen werden.“